



Forschungsergebnisse

## EU-Donauraum- strategie

Forschungsergebnisse

## Positive Wirkung von FuE-Zuschüssen in Krisen

Wirtschaftspolitische Analyse

## Rebound-Effekt wirkt Energieeinsparung entgegen

## Country-by-Country Reporting ist stumpfe Waffe gegen aggressive Steuerplanung

Multinationale Konzerne nutzen Steueroasen und Gesetzeslücken im internationalen Steuerrecht, um ihre Steuerlast zu reduzieren. Eine Studie des ZEW untersucht, inwiefern ein Country-by-Country Reporting, durch das die Berichts- und Offenlegungsvorschriften multinationaler Unternehmen verschärft werden sollen, der Steuervermeidung entgegenwirken kann.

Die komplexen Steuerplanungsstrategien hochprofitabler US-Konzerne sind zum Gegenstand intensiver öffentlicher und steuerpolitischer Diskussion geworden. So wurde zum Beispiel bekannt, dass Konzerne wie Google, Apple oder Amazon effektiv weniger als fünf Prozent Steuern auf ihr außerhalb der USA erzieltetes Einkommen zahlen. Eine überzeugende Definition, was aggressive Steuerplanung ist, gibt es allerdings nicht. Unstrittig ist aber, dass aggressive Steuerplanung, anders als illegale

Steuerhinterziehung, nicht gegen geltendes Recht verstößt, sondern vorteilhafte Steuerregime, Schlupflöcher und Gesetzeslücken als Konstruktionsfehler im Steuerrecht ausnutzt. Derzeit werden sowohl auf Ebene der OECD als auch der EU Maßnahmen gegen aggressive Steuerplanung erarbeitet. Diskutiert wird auch die Einführung einer länderbezogenen Berichterstattung, eines so genannten Country-by-Country Reportings (CbCR), durch das die Berichts- und Offenlegungsvorschriften multinationaler Unternehmen verschärft werden sollen.

Im Grundsatz sieht das CbCR vor, dass multinationale Konzerne für jedes Land, in dem sie tätig sind, bestimmte Kennzahlen, wie zum Beispiel Umsätze, Erträge und Aufwendungen, Gewinne und gezahlte Steuern, offenlegen. Während die OECD vorschlägt, CbCR in die Verrechnungspreisdokumentation aufzunehmen, wurden zwischenzeitlich auch Forderungen laut,

CbCR zu einem verpflichtenden Bestandteil des Jahresabschlusses – und somit der Öffentlichkeit zugänglich – zu machen. Eine aktuelle Untersuchung des ZEW kommt allerdings zu dem Ergebnis, dass ein CbCR wohl keine Auswirkungen auf das Ausmaß der Steuerplanung multinationaler Unternehmen hätte.

### Umstrittenem Nutzen eines CbCR stehen beachtliche Kosten gegenüber

Mit der Einführung eines CbCR soll erreicht werden, dass Unternehmen einen fairen Anteil an Steuern in Relation zu ihrer wirtschaftlichen Aktivität in einem Land zahlen. Es wird argumentiert, dass Kunden bei Kenntnis der aggressiven Steuerplanungsstrategien multinationaler Konzerne Druck auf diese ausüben und sie so zu einer weniger aggressiven Steuerplanung zwingen könnten. Zudem sollen die Finanzbehörden einen besseren Überblick über die Verteilung von Funktionen und Steuerzahlungen und gruppeninternen Transaktionen bekommen. So könnten sie Steuerschlupflöcher schneller erkennen und die Angemessenheit von Verrechnungspreisen besser beurteilen.

Der Nutzen einer Offenlegung ist allerdings weder empirisch belegt noch theoretisch fundiert. Grundsätzlich ist es bei multinationalen Konzernen unmöglich, die Quelle von Gewinnen eindeutig zu bestimmen, sodass auch unklar ist, wie Gewinne und Steuerzahlungen fair aufzuteilen sind. Meist handelt es sich bei den Steuerplanungsstrategien nicht um illegale Steuervermeidung. Daher ist fraglich, ob die Offenlegung entsprechender Daten gegenüber der Öffentlichkeit überhaupt zu einem verän-

derten Steuerplanungsverhalten führen würde. Auch der Nutzen für die Steuerverwaltungen dürfte begrenzt sein: Viele Gestaltungsmöglichkeiten und Besteuerungslücken sind bereits bekannt. Allerdings könnte ein CbCR Aufschluss darüber geben, welche Unternehmen einer intensiveren Prüfung unterzogen werden sollten. Hierfür wäre jedoch eine Offenlegung gegenüber den Finanzbehörden ausreichend.

Dem umstrittenen Nutzen eines CbCR stehen Kosten gegenüber, insbesondere für die Erstellung der Dokumentation. Es müssten wohl eigenständige Reportingstandards für das CbCR entwickelt werden. Hinzu kommen Kosten für Prüfung und Erläuterung der offengelegten Informationen. Gewichtiger sind jedoch die impliziten Kosten eines CbCR, die bei einer Offenlegung gegenüber der breiten Öffentlichkeit von großer Bedeutung sind. Hierzu zählen die Preisgabe sensibler Informationen und der daraus potenziell resultierende Wettbewerbsnachteil, der Verstoß gegen das Prinzip des Steuergeheimnisses sowie die Gefahr falscher Anschuldigungen in Folge fehlenden Sachverständs. So besteht auch bei einer reinen Offenlegung gegenüber den Finanzbehörden aufgrund eines potenziell stärkeren Steuerzugriffs der beteiligten Steuerverwaltungen die Gefahr von Doppelbesteuerung. Die Kosten eines CbCR würden den Nutzen wohl übersteigen. Es kann daher nicht als sinnvolles Instrument zur Bekämpfung aggressiver Steuerplanung erachtet werden.

Die Studie (ZEW Discussion Paper 14-015) findet sich unter: [www.zew.de/publikation7343](http://www.zew.de/publikation7343)

Maria Theresia Evers, [maria.evers@zew.de](mailto:maria.evers@zew.de)  
Prof. Dr. Christoph Spengel, [spengel@zew.de](mailto:spengel@zew.de)

## EU-Donauraumstrategie: Verbesserung der Lebensbedingungen entlang der Donau

Die Europäische Union (EU) betrachtet das Schaffen gleichwertiger Lebensbedingungen innerhalb ihrer Mitgliedstaaten als eine ihrer Kernaufgaben. Eine besonders mannigfaltige Region erstreckt sich zwischen dem Schwarzwald und dem Schwarzen Meer entlang der Donau. Seit 2011 arbeitet die EU an einer Makrostrategie für diese Region. Sie soll die Lebensbedingungen verbessern und zu einer gezielteren Nutzung von EU-Mitteln in den Anrainerstaaten der Donau beitragen.

An der EU-Strategie für den Donauraum beteiligen sich 15 Länder und Regionen: Baden-Württemberg, Bayern, Österreich, Tschechien, Ungarn, Slowenien, die Slowakei, Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Rumänien, Bulgarien, Moldawien und Grenzregionen der Ukraine. Damit betrifft die Strategie nicht nur Mitgliedstaaten der EU, sondern auch Länder, mit denen die EU Beitrittsverhandlungen führt oder Beziehungen im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik unterhält. Das Europäische Parlament betrachtet die Strategie als eine wichti-

ge Verbindung zwischen der europäischen Kohäsions- und Nachbarschaftspolitik. Die Strategie für den Donauraum ruht auf vier Pfeilern: der Vernetzung, dem Schutz der Umwelt, der Erhöhung des Wohlstands und der Stärkung der Donauregion durch bessere Institutionen und die Verringerung der Kriminalität. Diese vier Pfeiler sind in elf Schwerpunktbereiche unterteilt, die in der Regel von zwei Ländern koordiniert werden.

Kroatien und Baden-Württemberg sind gemeinsam verantwortlich für den Schwerpunktbereich 8, Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. In diesem Rahmen hat das baden-württembergische Finanz- und Wirtschaftsministerium das ZEW beauftragt zusammen mit dem Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen und dem Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), eine Studie zur sozio-ökonomischen Entwicklung des Donauraums zu erstellen.

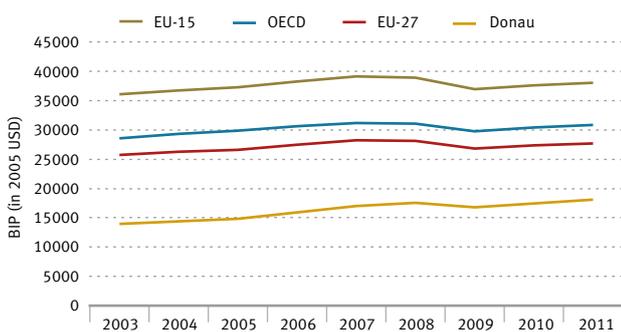
Die Untersuchungen im Rahmen des Projekts zeigen, dass das Wohlstandsniveau der Donauregion demjenigen anderer EU- und OECD-Länder hinterherhinkt. Betrachtet man das Brut-

toinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, ein etabliertes Maß für den Wohlstand von Volkswirtschaften, dann zeigt sich, dass das BIP pro Kopf der Länder der Donauregion im Jahr 2011 lediglich 65 Prozent des BIP pro Kopf der EU-27-Länder und 59 Prozent des BIP pro Kopf der OECD-Länder betrug (Abb. 1). Hinter diesen schwachen Zahlen im Durchschnitt der Donauregion verbergen sich große Unterschiede zwischen den Ländergruppen innerhalb der Region, die vor allem auf die relative Rückständigkeit einzelner Länder zurückzuführen ist. Während das BIP pro Kopf in der Ländergruppe Baden-Württemberg, Bayern und Österreich mehr als doppelt so hoch ist wie das BIP pro Kopf in der Donauregion insgesamt, beträgt das BIP pro Kopf in der Ländergruppe Rumänien, Bulgarien und Kroatien nur 80 Prozent davon, in den EU-Beitrittsländern 50 Prozent und in den EU-Nachbarländern weniger als 40 Prozent. Ein Ziel der Donaunraumstrategie ist es, diese großen Unterschiede zu verringern.

### Entrepreneurship und Unternehmensdynamik

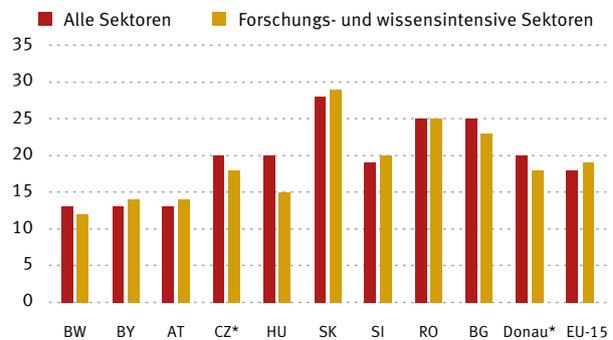
Eine wichtige Rolle für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in der Donauregion kommt Entrepreneuren, Gründern von Unternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu. Entrepreneurere können die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes voranbringen, indem sie neue Methoden, Prozesse, Produkte und Dienstleistungen auf den Markt bringen und damit bestehende Unternehmen herausfordern. Dies kann zu einer ganzen Reihe von Innovationen führen. Darüber hinaus kann der Eintritt neuer Unternehmen zur Folge haben, dass

ABB. 1: BRUTTOINLANDSPRODUKT (BIP) PRO KOPF



Quelle: OECD, Penn World Tables, World Bank, GENESIS online Datenbank. Berechnungen und Darstellung: IAW.

ABB. 2: TURBULENZRATE IN DER DONAUREGION 2008 – 2010 (IN PROZENT DES UNTERNEHMENSBESTANDS)



Anmerkung: Die Turbulenzrate ist die Summe aus Gründungen und Schließungen im Verhältnis zum Unternehmensbestand. Betrachtete Länder/Regionen der Donauregion: Baden-Württemberg (BW), Bayern (BY), Ungarn (HU), Tschechien (CZ), Slowakei (SK), Slowenien (SI), Rumänien (RO), Bulgarien (BG). \*Für CZ betrachteter Zeitraum: 2009 – 2010 wegen unplausibler Werte im Jahr 2008. Für die anderen Länder liegen keine Daten vor. Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik (Eurostat), Mannheimer Unternehmenspanel (ZEW). Berechnung und Darstellung: ZEW.

bestehende Unternehmen, die veraltete Prozesse nutzen und weniger gefragte Produkte herstellen, aus dem Markt austreten, was positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Region haben kann. Die bisherigen Untersuchungen zeigen, dass es eine große Unternehmensdynamik gibt, welche sich beispielsweise in der Turbulenzrate, der Summe aus Gründungen und Schließungen im Verhältnis zum Unternehmensbestand, zeigt. (Abb. 2). Diese bewegt sich im Donaunraum ungefähr auf dem Niveau der EU-15-Länder. In einigen Anrainerstaaten der Donau liegt sie sogar deutlich darüber. Dies ist meist mit einer Erhöhung der Anzahl von aktiven Firmen verbunden.

### Kooperationspotenzial und Kooperationen

Im Hinblick auf die Vernetzung der Donauregion konnte festgestellt werden, dass es eine lange Tradition der Zusammenarbeit im Rahmen von EU-Programmen und des südosteuropäischen Kooperationsprozesses gibt. Geschäfts- und Clusternetzwerke sind dagegen erst im Entstehen. Die Teilnahme an Initiativen zur Zusammenarbeit ist sehr ungleich verteilt. Deutsche, österreichische und ungarische Organisationen sind sehr aktiv, kroatische, serbische, rumänische und bulgarische etwas weniger, Organisationen in anderen Länder engagieren sich bisher kaum. Die Ursache hierfür dürften die Unterschiede in der Kooperationskultur, bei den Finanzierungsmöglichkeiten und in

## INHALT

- Country-by-Country Reporting ist stumpfe Waffe gegen aggressive Steuerplanung ..... 1
- EU-Donauraumstrategie: Verbesserung der Lebensbedingungen entlang der Donau ..... 2
- Positive Wirkung staatlicher Zuschüsse für Forschung und Entwicklung in Krisenzeiten ..... 4
- Die Nutzung von IKT geht mit einer Senkung des industriellen Energieverbrauchs einher. .... 5

- Nachgefragt: Wie steht es um die Inklusion in Deutschland? ..... 6
- Energieeffizienz-Gewinne fallen durch Rebound-Effekt deutlich geringer aus ..... 7
- Mannheimer Unternehmenssteuertag zur Steuerpraxis internationaler Unternehmen. .... 9
- Daten und Fakten ..... 11
- Standpunkt ..... 12

der Art der Regierungsführung sein, die sich in der Regel auch in der wirtschaftlichen Entwicklung und den Institutionen der betrachteten Länder und Regionen widerspiegeln. Die bisherige Analyse zeigt, dass es wichtig ist, klar zu stellen, was die Donauraumstrategie im Vergleich zu anderen Initiativen und Programmen der Europäischen Kommission und Südosteuropas leistet. Überhaupt zeigt sich, dass die weniger entwickelten Regionen in die Zusammenarbeit stärker eingebunden werden sollten. Gleichzeitig mit der Erweiterung der Zusammenarbeit muss diese auch professioneller werden, um die Entwicklung unterschiedlicher Arten von Cluster voranzutreiben.

Die Erstellung der Studie zur Donauraumstrategie verläuft in zwei Phasen. In der ersten Phase wurden Indikatoren unter an-

derem zu Prosperität, Entrepreneurship oder Kooperationspotenzial zusammengestellt. Auf dieser Grundlage wurden vorläufige Empfehlungen formuliert, die für die Weiterentwicklung und Durchführung der Donauraumstrategie hilfreich sein können. Primär sind dies arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie die Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte und das Anpassen des Lohnniveaus. Weitere Faktoren sind die Verstärkung der Investitionsaktivitäten, das Zurückdrängen der Korruption und eine engere Verzahnung der Industrie. In der zweiten Phase sollen diese Empfehlungen konkretisiert und erweitert werden.

Weitere Informationen zur Studie:

<http://www.zew.de/de/projekte/1319>.

Dr. Bettina Müller, [bettina.mueller@zew.de](mailto:bettina.mueller@zew.de)

## Positive Wirkung staatlicher Zuschüsse für Forschung und Entwicklung in Krisenzeiten

Eine aktuelle Studie des ZEW untersucht die Wirksamkeit der staatlichen Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, ob sich Unterschiede zwischen Zeiten robuster Konjunktur und Wirtschaftskrisen feststellen lassen.

In Unternehmen durchgeführte Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten (FuE) sind ein wesentlicher Impulsgeber für nachhaltiges Wachstum. So sind FuE-Projekte nicht nur der Nährboden für Innovationen, die eine entscheidende Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens spielen, sondern leisten darüber hinaus einen bedeutenden Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Produktivitätswachstum. Der Theorie des Marktversagens zufolge decken die jährlich getätigten privat-finanzierten Investitionen in FuE indes den tatsächlichen Bedarf, den eine Volkswirtschaft an FuE hat, nicht ab. Aus diesem Grunde gibt es Jahr für Jahr eine Vielzahl an Subventionsprogrammen im Bereich FuE, die von staatlichen Institutionen, wie zum Beispiel dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), initiiert werden.

### Gefährdung zukünftigen Wohlstands und Wettbewerbsfähigkeit

Gerade in konjunkturell sehr schwierigen Zeiten kann es trotz staatlicher Zuschüsse passieren, dass Unternehmen zu wenig in FuE-Projekte investieren und damit den künftigen Wohlstand aufs Spiel setzen. Die weltweite Wirtschaftskrise von 2008/2009 hat sich spürbar negativ auf deutsche Unternehmen ausgewirkt. Um einem etwaigen Verlust an künftiger Wettbewerbsfähigkeit vorzubeugen, wurde das Budget des BMBF um neun Prozent für 2009 gegenüber 2008 erhöht.

Basierend auf den Daten des Mannheimer Innovationspanels (MIP) und den vom BMBF bereitgestellten Daten (PROFI) über vom BMBF geförderte zivile FuE-Projekte wurde die Effektivität von FuE-Subventionen untersucht. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre 2006-2010, um die Krisenperiode von 2009 mit der Vor- und Nachkrisenperiode vergleichen zu können. Der Untersuchungsgegenstand sind kleine und mittelständische Unternehmen, da diese konjunkturellen Einflüssen in höherem Maße unterliegen. Die Ergebnisse zeigen, dass Unternehmen ihre FuE-Investitionen – über die vom BMBF erhaltenen Subventionszahlungen hinaus – durchschnittlich erhöht haben. Dieser Wirkung auf die FuE-Budgets der Unternehmen zeigt sich in jedem Jahr, sogar im Krisenjahr 2009. Das bedeutet, dass die staatlichen Zuschüsse von Unternehmen zum Anlass genommen werden, zusätzliche Finanzierung für FuE-Projekte bereitzustellen.

Allerdings ist der zusätzliche Effekt in 2009 spürbar kleiner, sowohl im Vergleich zu den Vor- als auch Nachkrisenperioden. Die Unternehmen haben somit einen Teil ihrer finanziellen Mittel, die sie im Normalfall zusätzlich in Forschungs- und Entwicklungsprojekte investiert hätten, für andere Zwecke verwendet. Für einen politischen Entscheidungsträger bedeutet das, dass öffentliche Subventionsprogramme in Forschung und Entwicklung genau den Effekt erzielen, den man sich von diesen erhofft. Bei der Ausgestaltung von Subventionsprogrammen in Rezessionen oder Krisen, sollte indes beachtet werden, dass Unternehmen während dieser Phasen durchschnittlich mehr finanzielle Unterstützung benötigen, um den gleichen oder einen ähnlichen Zusatzeffekt zu generieren.

Die Studie (ZEW Discussion Paper Nr. 14-024) findet sich zum Download unter: [www.zew.de/publikation7388](http://www.zew.de/publikation7388)

Martin Hud, [hud@zew.de](mailto:hud@zew.de)

# Die Nutzung von IKT geht mit einer Senkung des industriellen Energieverbrauchs einher

Wie wirkt sich die Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) auf den Energieverbrauch aus? Um diese Frage zu untersuchen, verwendet eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Informationen zur IKT-Nutzung und zum Energieverbrauch von 27 Branchen in zehn OECD-Ländern. Die Ergebnisse zeigen, dass die Nutzung von IKT mit einer Senkung des Energieverbrauchs einhergeht.

Die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien nimmt weltweit stetig zu. Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf verschiedenste ökonomische Phänomene, wie beispielsweise die Produktivität, wurden bereits vielfach untersucht. Zu der Frage, wie sich die Verbreitung von IKT auf den Energieverbrauch auswirkt, existiert allerdings kaum empirische Evidenz. Einerseits geht mit der Herstellung und dem Einsatz von IKT, also beispielsweise Computer- und Kommunikationsequipment, stets ein direkter Verbrauch von elektrischer Energie einher. So zeigen Studien für Deutschland, dass etwa zehn Prozent des Stromverbrauchs durch die Nutzung von Computern und Telekommunikationsgeräten verursacht wird. Gleichzeitig wird IKT ein erhebliches Potenzial zugeschrieben, den Energieverbrauch zu senken. So geht man davon aus, dass IKT dazu beitragen kann, die Energieeffizienz wirtschaftlicher Prozesse zu erhöhen. Beispielsweise erlaubt es der Einsatz von IKT, industrielle Verfahren zu überwachen, besser zu steuern und zu optimieren, insbesondere im Hinblick auf leicht messbare Kostenfaktoren wie den Energieverbrauch. Auch ermöglichen es IKT physische, energieintensive Prozesse, wie etwa Dienstreisen, durch virtuelle, weniger energieintensive Prozesse, wie Videokonferenzen, zu ersetzen.

## Einsparungen bei nicht-elektrischer Energie

Um der Frage nachzugehen, ob der zunehmende Einsatz von IKT mit einer Nettoerhöhung oder einer Nettoeinsparung an Energie einhergeht, wird in einer aktuellen Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung eine detaillierte Datenbasis für 27 Branchen, zehn OECD-Länder und einen Zeitraum von 13 Jahren erstellt. Diese beruht auf Daten der kürzlich veröffentlichten World Input-Output Database, der EU-KLEMS-Datenbank sowie auf Daten der Internationalen Energieagentur. Sie enthält detaillierte Informationen zur Energienutzung in den verschiedenen Branchen (sowohl zu elektrischer als auch nicht-elektrischer Energie, wie beispielsweise Kohle, Öl, Gas und Diesel), zur Nutzung verschiedener IKT-Güter (Hardware, Software und Kommunikationsausrüstung), zu Energiepreisen sowie zu anderen Erklärungsgrößen des Energieverbrauchs.

Die Ergebnisse der ökonometrischen Analyse zeigen, dass der Einsatz von IKT mit einem verringerten Energieverbrauch einhergeht. Branchen, die IKT verstärkt genutzt haben, konnten

in besonderem Maße Energieeinsparungen realisieren. Dabei unterscheidet sich das Ergebnis jedoch in Bezug auf verschiedene Energieformen. Für elektrische Energie kann kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Einsatz von IKT und dem Energieverbrauch nachgewiesen werden, während für nicht-elektrische Energie ein signifikanter negativer Zusammenhang besteht, also entsprechende Einsparungen beobachtet werden können. Dieses Ergebnis passt zu der Tatsache, dass die Nutzung von IKT automatisch mit einem direkten Verbrauch an Strom einhergeht, der möglichen Einspareffekten in Bezug auf elektrische Energie entgegenwirkt, während für nicht-elektrische Energie ein solcher gegenläufiger Effekt nicht besteht.

## Unterschiede zwischen den Branchen

Auch zwischen den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und den Dienstleistungsbranchen bestehen Unterschiede hinsichtlich des untersuchten Zusammenhangs. Während erstere wesentlich energieintensiver sind, weisen Dienstleistungssektoren eine geringe Energieintensität und entsprechend geringere Energieeinsparpotenziale auf. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass der beobachtete Einspareffekt tatsächlich vor allem auf Einsparungen im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen ist. Dort ist ein signifikanter Einfluss der IKT-Nutzung beobachtbar, während dies im Dienstleistungssektor nicht der Fall ist.

Auch wenn die Ergebnisse der Studie keine kausalen Aussagen zulassen, so lässt sich doch zusammenfassend sagen, dass auf Branchenebene ein enger Zusammenhang zwischen dem Einsatz von IKT und Energieeinsparungen besteht.

Das ZEW-Discussion Paper Nr. 13-116 findet sich zum Download unter: [www.zew.de/publikation7304](http://www.zew.de/publikation7304)

Patrick Schulte, [schulte@zew.de](mailto:schulte@zew.de)

Branchen, die IKT verstärkt nutzen, können in besonderem Maße Energieeinsparungen realisieren, so das Ergebnis einer ZEW-Studie.



Nachgefragt: Wie steht es um die Inklusion in Deutschland?

# Gemeinsames Lernen Behinderter und Nicht-Behinderter als gesellschaftliche Aufgabe

Deutschland hat sich im Rahmen der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung verpflichtet, Kindern und Jugendlichen mit Behinderung eine weitgehende Teilhabe am Regelschulbetrieb zu ermöglichen. ZEW-Bildungsökonom Friedhelm Pfeiffer spricht über Chancen und Risiken dieses Ziels.

**In den vergangenen Monaten wurde über Inklusion in Deutschland heftig diskutiert. Wo liegt das Problem?**

Inklusion an Schulen will allen Kindern und Jugendlichen, auch solchen mit einer Behinderung, die Chance auf Teilhabe an möglichst hochwertigen Bildungsangeboten in der Gemeinschaft geben. In der Tat handelt es sich dabei um eine lohnende gesellschaftliche Aufgabe, geht es doch darum, die beiden Welten, Regelschule und Förderschule, die derzeit räumlich und institutionell vielfach getrennt sind, zusammenzuführen oder zumindest neu zu adjustieren.

Das Problem ist denn auch weniger die Zielgröße selbst. Teilhabe ist seit langem eine wesentliche Zieldimension der Bildungspolitik. In der Diskussion über die Inklusion wird aber deutlich, dass es unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, wie Teilhabe in einem stark ausdifferenzierten Bildungssystem wie dem deutschen praktisch umgesetzt werden soll und wie Behinderung definiert wird.

**Welche Vorstellungen einer geeigneten Förderung von Kindern mit Behinderung konkurrieren miteinander?**

Zum einen gibt es das bisherige, stark differenzierte Förderschulwesen mit einer individuell an die Lernbedarfe angepassten Förderung in Gemeinschaft von Schülern mit ähnlichen Behinderungen. Kritisch ist hieran, dass es notwendig ist zu defi-

nieren, was eine Behinderung ist und ab welchem Grad von Behinderung eine Förderschule angemessen ist. Solche Festlegungen sind nie ganz frei von Fehl- und Werturteilen. Zum anderen gibt es die Vorstellung einer Inklusion, also der Teilnahme Behinderter am Unterricht im Rahmen einer Klassengemeinschaft aller Jugendlichen, unabhängig von der individuellen Bedarfslage. In einer solchen Klassengemeinschaft kann es jedoch für Schüler mit spezifischen Behinderungen schwierig oder sogar unmöglich werden, dem herkömmlichen Unterricht zu folgen.

## UN-Behindertenrechtskonvention

Die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung der Vereinten Nationen (UN) ist in Deutschland im Jahr 2009 in Kraft getreten. Die Konvention fordert unter anderem von allen Vertragsstaaten erhebliche Anstrengungen im Schulbereich, um Kinder mit und ohne Behinderung in Zukunft gemeinsam unterrichten zu können.

**Wie weit ist Inklusion in den Schulen bisher gediehen?**

Bei Inklusion hat Deutschland noch erheblichen Handlungsbedarf. Nach dem neuen Bildungsbericht lernen nur etwa 28 Prozent aller Schüler mit Behinderungen in Schulen, in denen auch Schüler ohne Behinderungen unterrichtet werden. Andererseits lernen 77 Prozent aller Schüler ohne Behinderungen ausschließlich in Schulen, in denen es keine Schüler mit Behinderungen gibt. Schüler mit Behinderung verteilen sich derzeit auf fast 3.300 Förderschulen (etwa jede zehnte Schule), wobei für jeden von insgesamt acht sonderpädagogischen Förderbedarfen eigenständige Schultypen entwickelt wurden. In diesen Förderschulen betreut ein Lehrer im Mittel 5,5 Schüler, oftmals ganztags. In allen allgemeinbildenden Schulen liegt das Betreuungsverhältnis dagegen bei 14,3 Schülern pro Lehrkraft.

**Kann die Regelschule bei solch unterschiedlichem Betreuungsbedarf ein gemeinsames Lernen von Nicht-Behinderten und Behinderten denn leisten?**

Das hängt in hohem Maße davon ab, wie Inklusion ausgestaltet wird. Entscheidend wird sein, Unterrichtsformen und begleitende Maßnahmen im Schulalltag zu finden, die eine Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglichen, ohne dass die bisherigen Schulleistungen darunter leiden. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Frage von Bedeutung, ob bei einer Integration der Förder- in die Regelschulen zusätzliche Mittel (also zusätzlich zu den Ressourcen, die bisher für Regel- und Förderschulen zusammen zur Verfügung stehen) benötigt werden, oder ob die bisherigen Finanzierung ausreicht.



**DP Dr. Friedhelm Pfeiffer**

ist Senior Researcher am ZEW und Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Fakultät für Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre der Universität Mannheim. Seine Forschungsinteressen gelten den Ursachen und ökonomischen Konsequenzen von Bildungsinvestitionen für die individuelle und wirtschaftliche Entwick-

lung sowie der Evaluation arbeitsmarkt- und bildungspolitischer Maßnahmen. Als Mitglied des Mannheimer Bildungsbeirats berät Friedhelm Pfeiffer die Stadt Mannheim in verschiedenen Bildungsfragen. Zudem ist er Mitglied im Bildungsökonomischen Ausschuss des Vereins für Socialpolitik.

Kontakt: Friedhelm Pfeiffer, [pfeiffer@zew.de](mailto:pfeiffer@zew.de)

# Energieeffizienz-Gewinne fallen durch Rebound-Effekt deutlich geringer aus

Die Erderwärmung und die Endlichkeit fossiler Energieträger stellen unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Als Königsweg für mehr Klimaschutz, Ressourcenschonung und Energiesicherheit gilt gemeinhin die Steigerung der Energieeffizienz. Dabei wird jedoch oft übersehen, dass den positiven Effekten einer effizienteren Nutzung von Energie der sogenannte Rebound-Effekt entgegenwirkt. Durch ihn kann die erwartete Energieeinsparung deutlich geringer ausfallen.

In der europäischen und deutschen Energie- und Klimapolitik nehmen Energieeffizienzziele eine führende Rolle ein. So hat sich die Europäische Union (EU) auf eine 20-prozentige Verbesserung der Effizienz bis zum Jahr 2020 festgelegt. Auch Deutschland hat sich der Steigerung der Energieeffizienz verschrieben. Laut Energiekonzept soll die Energieproduktivität bei allen Endenergiesektoren um durchschnittlich 2,1 Prozent pro Jahr steigen.

Doch was bringen Effizienzsteigerungen wirklich? Die Energieeinsparungen, die man sich von derlei Maßnahmen verspricht, stammen zumeist aus Ceteris-paribus-Berechnungen. Man vergleicht also die theoretisch notwendige Energiemenge vor und nach einer Effizienzsteigerung, unter sonst gleichen Bedingungen. Mögliche Verhaltensänderungen der Nutzer infolge einer erhöhten Energieeffizienz bleiben dabei unberücksichtigt. Für Konsumenten oder Firmen ändern sich jedoch die relativen Preise, wenn sie von Effizienzverbesserungen profitieren. Das führt zu Anpassungen im Verbrauchsverhalten. In der Folge können die tatsächlich realisierten Energieeinsparungen deutlich geringer ausfallen als ursprünglich erwartet. Dieses Phänomen wird in der ökonomischen Literatur als „Rebound“ bezeichnet.

Rebound entsteht, wenn Energieendverbraucher auf Grund der Vorteile einer Effizienzverbesserung mehr Energiedienstleistungen als zuvor nutzen und damit ihre Energienachfrage weniger stark reduzieren als erwartet. Unterschieden werden im Wesentlichen drei Arten von Rebound: direkter, indirekter und gesamtwirtschaftlicher Rebound.

## Zusätzlicher Konsum durch direkten Rebound

Der direkte Rebound-Effekt, auch Preiseffekt genannt, entsteht dadurch, dass eine Effizienzverbesserung in der Bereitstellung eines Gutes oder Services immer auch dessen Nutzung verbilligt. Das macht den Konsum attraktiver und führt zu einer Ausweitung der Nutzung. Eine Effizienzsteigerung bei einem Pkw senkt beispielsweise dessen Verbrauch auf 100 Kilometer. Damit sinken auch die nutzungsbedingten Kraftstoffkosten – Autofahren wird vergleichsweise günstiger. Für den einzelnen Autofahrer entstehen also Anreize, den sparsameren Pkw verstärkt zu nutzen. Auch wenn die erhöhte Fahrleistung mit einem

effizienteren Pkw erbracht wird, schmälert der Kraftstoffverbrauch für die zusätzlich gefahrenen Kilometer die ursprünglich möglichen Kraftstoffeinsparungen aufgrund der Effizienzverbesserung. Es kommt zu einem direkten Rebound.

Der indirekte Rebound ist ein Einkommenseffekt. Die verbilligte Nutzung einer Energiedienstleistung infolge einer Steigerung der Effizienz erhöht das verfügbare Einkommen des Endenergieverbrauchers. Dies ermöglicht eine allgemeine Ausweitung des Konsums. Die Bereitstellung der Güter und Dienstleistungen für diesen zusätzlichen Konsum erfordert dann wieder einen höheren Einsatz von Energie und Ressourcen und führt zu Rebound. Beim Beispiel der gesteigerten Effizienz eines Pkws bedeutet dies, dass die eingesparten Ausgaben für Kraftstoff anderweitig ausgegeben werden. Wird das Ersparte genutzt, um eine Flugreise zu finanzieren, entsteht durch den Flug ein zusätzlicher Energieverbrauch, der die Nettoenergieeinsparung der Effizienzsteigerung beim Betrieb des Pkws reduziert.



Der direkte Rebound-Effekt macht den Konsum eines Gutes durch sinkende Kosten attraktiver. Er mindert so den Nettoeffekt von Maßnahmen zur effizienteren Energienutzung.

In einer freien Volkswirtschaft sind die Preise und die bereitgestellten Mengen auf den verschiedenen Teilmärkten durch Handel eng miteinander verknüpft. Dies hat zur Folge, dass etwaige Änderungen auf einem Teilmarkt zu einer Anpassung der Preise und Mengen in einem anderen Teilmarkt führen können. Solche sogenannten Gleichgewichtseffekte können auch durch eine Effizienzverbesserung ausgelöst werden und Rebound verursachen – man spricht dann von einem gesamtwirtschaftlichen Rebound-Effekt. So führt beispielsweise die erwähnte Energie-

effizienzsteigerung der Pkw-Flotte zunächst zu einer Reduktion der Kraftstoffnachfrage. Sofern das Angebot an Kraftstoff zumindest kurzfristig konstant bleibt, führt dies zu niedrigeren Kraftstoffpreisen. Diese Situation bringt Vorteile für andere Marktteilnehmer, die auf Kraftstoff angewiesen sind. So ist zu erwarten, dass zum Beispiel mehr Kraftstoff für den Betrieb von Lkw eingesetzt wird und sich so die Nettokraftstoffeinsparung der Effizienzverbesserung im Pkw-Bereich verkleinert.

### Empirische Schätzungen des Rebound-Effekts

In der Realität treten alle drei Rebound-Effekte gleichzeitig auf. Da die einzelnen Rebound-Effekte sich gegenseitig bedingen, können jedoch für die Bestimmung der tatsächlichen Wirksamkeit einer Effizienzsteigerung die Einzeleffekte nicht einfach addiert werden. Vielmehr bedarf es einer Analyse, die alle Wirkungskanäle gleichzeitig berücksichtigt. In den letzten Jahren wurde der Rebound-Effekt verstärkt untersucht, vornehmlich für die Bereiche Individualverkehr und Raumwärme. Je nach Anwendungsfeld, schwanken die bisherigen empirischen Ergebnisse allerdings stark (siehe Tabelle).

Das Phänomen Rebound muss bei der Gestaltung einer rationalen Energie- und Klimapolitik berücksichtigt werden. Im besten Falle sollten Anreize zur Verbesserung der Energieeffizienz durch Instrumente erfolgen, die den Rebound-Effekt gar nicht erst entstehen lassen. Dazu zählen insbesondere Preis- und Mengeninstrumente. Eine Steuer könnte zum Beispiel die Nutzungskosten der Energiedienstleistung erhöhen und somit monetäre Anreize zum Einsparen von Energie setzen, ohne direkte und indirekte Rebound-Effekte aufkommen zu lassen. Auch ein Zertifikatehandelssystem, in dem die absolute Menge an eingesetzten Inputs reguliert ist, lässt keinen Raum für die Entwicklung von Rebound. Allerdings sollten nicht der Preis oder die Menge der eingesetzten Energie reguliert werden, sondern die eigentlich anvisierte negative Externalität – meist die bei der Energieerzeugung anfallenden Treibhausgase und Schadstoffe.

In der politischen Praxis erfreuen sich Energieeffizienzstandards großer Beliebtheit. Diese werden von Ökonomen häufig kritisiert. Das Hauptargument gegen Standards ist deren mangelnde Kosteneffizienz: Die gleiche Energieeinsparung kann durch marktorientierte Instrumente zu geringeren Kosten erreicht werden. Der Rebound-Effekt weckt nun ebenfalls Zweifel an der Wirksamkeit von Energieeffizienzstandards – bisher das Hauptargument von deren Befürwortern. Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass ordnungsrechtliche Standards in naher Zukunft von der energiepolitischen Bühne verschwinden werden. Aber auch hier sollte die Politik sich bemühen, den Rebound-Effekt sinnvoll zu adressieren, statt wie bisher zu ignorieren.

### Zusätzliche Informationen für den Endverbraucher

Bei der Beurteilung von politischen Energieeffizienzprogrammen sollten etwaige Rebound-Effekte in einer Folgenabschätzung berücksichtigt werden. Der Einbezug von Rebound sorgt für eine realistischere ex-ante Abschätzung der Einsparungen. Im Extremfall könnte eine Maßnahme, die zunächst vorteilhaft erscheint, nach der Berücksichtigung von Rebound mehr Kosten als Nutzen aufweisen und sich damit als nicht sinnvoll herausstellen. Weil Rebound meist durch eine unbewusste Verhaltensänderung der Endverbraucher entsteht, könnten zusätzliche Informationen in Verbindung mit einer Energieeffizienzsteigerung Abhilfe schaffen. Ziel dabei wäre, das Verbrauchsverhalten trotz der Vorteile, die aus der Effizienzsteigerung resultieren, stabil zu halten. Weitere Fortschritte im Verständnis des Zusammenspiels von Energieeffizienzsteigerung und Rebound sind erforderlich. Eine wichtige empirische Aufgabe bleibt die belastbare Quantifizierung von Rebound-Effekten. Aus allem, was wir aus der Forschung wissen, muss man schließen, dass eine Politik, die auf eine Steigerung der Energieeffizienz abzielt und dabei Rebound ausblendet, nicht zweckdienlich ist.

Dr. Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de  
Simon Koesler, koesler@zew.de

#### REBOUND-EFFEKTE IN VERSCHIEDENEN ENDENERGIEANWENDUNGEN

Studie	Bereich der Effizienzsteigerung	Land	Ermittelter Rebound-Effekt	Hinweis
Dubin und McFadden (1984)	Raumwärme	USA	25-31%	Nur direkter Rebound
Dubin et al. (1986)	Raumwärme und Klimatisierung	USA	8-12%	Nur direkter Rebound
Haas und Biermayr (2000)	Raumwärme	Österreich	20-30%	Nur direkter Rebound
Nesbakken (2001)	Raumwärme	Norwegen	15-55%	Nur direkter Rebound
Frondel et al. (2008)	Privater PKW	Deutschland	57-67 %	Nur direkter Rebound, via Preiselastizität der Nachfrage
Graham und Glaister (2002)	Privater PKW	Verschiedene	kurzfristig bis zu 25% langfristig bis zu 77%	Nur direkter Rebound, via Preiselastizität der Nachfrage
Koesler (2013)	Private Mobilität	Deutschland	49%	Gesamtwirtschaftlicher Rebound für Deutschland
Madlener und Hauertmann (2011)	Raumwärme	Deutschland	12-49%	Nur direkter Rebound
Turner (2009)	Alle produzierenden Sektoren	UK	25-30% (kurzfristig) -2-17% (langfristig)	Gesamtwirtschaftlicher Rebound für Vereinigtes Königreich
West (2004)	Privater PKW	USA	87%	Nur direkter Rebound, via Preiselastizität der Nachfrage



Internationale Besteuerung stand im Mittelpunkt der Diskussion beim diesjährigen Mannheimer Unternehmenssteuertag am ZEW.

# Mannheimer Unternehmenssteuertag zur Steuerpraxis internationaler Unternehmen

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte zur Steuerpraxis multinationaler Unternehmen widmete sich Ende Juni 2014 der diesjährige Mannheimer Unternehmenssteuertag der internationalen Steuerplanung. Ein besonderer Fokus der gemeinsamen Veranstaltung von ZEW und Universität Mannheim lag auf den Auswirkungen des von der OECD initiierten Aktionsplans „Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS) auf das deutsche Steuersystem.

Prof. Dr. Christoph Spengel (Universität Mannheim und Research Associate am ZEW) zeigte in seinem Eröffnungsreferat anhand bekannter Unternehmen wie etwa Google oder Apple, wie es Konzernen gelingt, in einzelnen Ländern sehr hohe Umsätze ohne einen steuerlichen Anknüpfungspunkt zu erzielen.

ZEW-Präsident, Prof. Dr. Clemens Fuest, wies mit Hilfe von OECD-Daten darauf hin, dass das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer trotz der vielfach zu beobachtenden Absenkung der Steuersätze konstant geblieben sei. Dennoch werde aktuell kein Scheinproblem diskutiert, die Existenz von Gewinnverlagerungsaktivitäten sei durch eine Vielzahl empirischer Studien belegt. Fuest kritisierte die derzeit häufig zitierten Studien zum Ausmaß der Gewinnverlagerung multinationaler Unternehmen im Hinblick auf deren methodische Schwächen. Trotz dieser Mängel würden etwa die vom Tax Justice Network auf 1.000 Milliarden Euro pro Jahr geschätzten Steuerausfälle in der EU in offiziellen Dokumenten aufgegriffen. An die Vertreter der Finanzverwaltung gerichtet regte er an, der Forschung einen besseren Zugang zu administrativen Daten zu gewähren, um das Problem der Steuervermeidung quantifizieren und die Auswirkungen von Reformmaßnahmen besser bestimmen zu können.

## Schutz der Standortattraktivität Deutschlands

Die Sicht der deutschen Finanzverwaltung hinsichtlich einzelner im BEPS-Aktionsplan adressierter Probleme schilderte Prof. Dr. Michael Schmitt (Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium Baden-Württemberg). Ziel der Finanzverwaltung sei, das deutsche Steueraufkommen und gleichzeitig die deutsche Standortattraktivität zu schützen. Mit Verweis auf die EuGH-

Rechtsprechung räumte Schmitt einer Reform oder Ausdehnung der Hinzurechnungsbesteuerung eher geringe Chancen ein. Die Idee einer Aufschlüsselung der Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern für multinationale Unternehmen („Country-by-Country-Reporting“) mit Meldung an alle betroffenen Finanzbehörden werde aus deutscher Sicht rundweg abgelehnt. Neben bürokratischem Aufwand sehe man hier die Gefahr des Einstiegs in eine Gewinnaufteilung anhand des Umsatzes, was in Deutschland aufgrund der starken Exportorientierung zu beträchtlichen steuerlichen Mindereinnahmen führen dürfte.

## Deutsches Steuersystem hat Reformbedarf

Da insbesondere IT-Konzerne wie Google oder Microsoft im Fokus der Berichterstattung stehen, waren auch die Ausführungen von Ina Schlie (Leiterin der Konzernsteuerabteilung der SAP AG) sehr aufschlussreich. Die derzeitige steuerpolitische Dominanz der BEPS-Diskussion berge die Gefahr, dass der dringende Reformbedarf bei einzelnen nationalen Steuerregelungen nicht angegangen werde und Deutschland damit weiter an steuerlicher Wettbewerbsfähigkeit verliere. So wies Schlie unter anderem auf Mängel bei der Gewerbesteuer und das völlige Fehlen einer steuerlichen F&E-Förderung hin, obwohl dies mittlerweile in allen anderen OECD-Ländern praktiziert werde.

Am Nachmittag des Konferenztages wurden drei fachspezifische Workshops angeboten, die sich mit den Themen Betriebsstättenbesteuerung, hybride Gestaltungen sowie Verrechnungspreise beschäftigten. Auch im Rahmen des siebten Mannheimer Unternehmenssteuertags bewährte sich die Kombination von Referenten aus Wissenschaft, Praxis und Finanzverwaltung. Es lässt sich festhalten, dass es große Schnittmengen bei den Interessen der Finanzverwaltung und der deutschen Wirtschaft im Rahmen des BEPS-Aktionsplans gibt, was sich insbesondere an der übereinstimmenden Ablehnung eines umfassenden Country-by-Country Reportings oder einer Ausweitung der Quellenbesteuerung erkennen lässt.

Rainer Bräutigam, rainer.braeutigam@zew.de  
Maria Theresia Evers, maria.evers@zew.de

## Heinz König Young Scholar Award 2014 geht an US-Wissenschaftlerin Olga Malkova



(v.l.): Thomas Kohl (kaufmännischer Direktor des ZEW), Volker Christ (Freudenberg), Olga Malkova (Universität Michigan) und Gerard J. van den Berg (Universität Mannheim).

Im Rahmen des ZEW Summer Workshops 2014 wurde der „Heinz König Young Scholar Award“ des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) an Olga Malkova von der Universität Michigan verliehen. Das ZEW würdigt mit dieser Auszeichnung die Untersuchungen der Doktorandin zu den Auswirkungen eines Elterngeldes auf die Geburtenrate. Malkova war eine von 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die aus über 250 Bewerberinnen und Bewerbern ausgewählt und zum ZEW Summer Workshop 2014 eingeladen worden waren. Die Teilnehmer am Summer Workshop erhielten Gelegenheit, ihre Forschungsarbeiten zu präsentieren und miteinander sowie mit renommierten Forschern zu diskutieren. In diesem Jahr waren dies Gerard J. van den Berg von der Universität Mannheim, Ivan Fernandez-Val von der

Boston University und Ed Vytlačil von der New York University. Sie nahmen in diesem Jahr auch die Auswahl der Preisträgerin vor. Der mit 5.000 Euro dotierte „Heinz König Young Scholar Award“ wird jährlich verliehen und beinhaltet zusätzlich das Angebot eines mehrmonatigen Forschungsaufenthaltes am ZEW. Der Forschungspreis wurde in diesem Jahr von dem Unternehmen Freudenberg SE, Mitglied im Förderkreis Wissenschaft und Praxis am ZEW e.V., gestiftet.

## ZEW in den Top Five der weltweit wichtigsten Vordenker auf dem Gebiet der Klimapolitik

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) belegt in dem im Juli veröffentlichten „Climate Think Tank Ranking“ für das Jahr 2013 des renommierten International Center for Climate Governance (ICCG) unter den rund 200 evaluierten Institutionen den vierten Platz. Es zählt somit zu den weltweit wichtigsten wissenschaftlichen Einrichtungen, die sich mit den wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels und klimabezogener Politik beschäftigen. Damit rückt das Forschungsinstitut im stan-

dardisierten Ranking des ICCG, bei dem die Forschungs- und Beratungsleistung eines Instituts auf die Anzahl seiner Wissenschaftler verteilt wird, im Vergleich zum Jahr 2012 um zwei Positionen nach vorne. Insgesamt wurden die im Ranking erfassten Institute und Einrichtungen von den Experten des ICCG anhand von 15 Kriterien bewertet, die sich in den drei Schwerpunkten Aktivität, Veröffentlichungen und Reichweite zusammenfassen lassen.

## MS Wissenschaft mit ZEW-Exponat ging in Mannheim vor Anker

Vom 4. bis 7. August lag die MS Wissenschaft in Mannheim vor Anker. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) beteiligte sich an der schiffseigenen Ausstellung zum Thema „Digital unterwegs“ mit einem Exponat zur Informationsverbreitung über Social Media.

Am 5. August empfing das ZEW Gäste aus Wirtschaft, Politik und Forschung an Bord des umgebauten Frachtschiffs. Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Informations- und Kommunikationstechnologien“, referierte über den Wandel der Arbeitswelt durch die Digitalisierung und die daraus erwachsende Allgegenwart der Arbeit „Räumlich und zeitlich flexible Arbeitsmodelle, gestiegene Ansprüche an die Work-Life-Balance und eine hohe Bedeutung der Selbstorganisation werden die Arbeitswelt der Zukunft prägen“, so die Ökonomin. In einem weiteren Referat berichtete Prof. Dr. Martin Przewloka, Vice President der SAP SE, über den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel, der sich durch die Technologietrends Big Data, Cloud-Computing und Social Media vollzieht.



ZEW-Geschäftsführer Thomas Kohl, Ministerin im Staatsministerium BW Silke Krebs, Prof. Dr. Irene Bertschek (ZEW), Prof. Dr. Martin Przewloka (SAP SE) (v.l.)

## ZEW-Finanzmarkttest im September 2014



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Änderung der kurzfristigen Zinsen im Euroraum auf Sicht von sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum auf Sicht von sechs Monaten. Quelle: ZEW

### EZB: Leitzinssenkung lässt Zinserwartung sinken

Die EZB hat den Hauptrefinanzierungssatz am 4. September 2014 auf 0,05 Prozent gesenkt. Noch im Vormonat war eine Zinsänderung von den Experten erst in 16 Monaten erwartet worden. Dem überraschenden Zinsentscheidung entsprechend rechnen die Experten nun auch mit sinkenden kurzfristigen Zinsen. Der entsprechende Indikator fällt um 8,3 auf minus 6,9 Punkte. Trotz des neuesten Maßnahmenpakets der EZB gehen etwas weniger Experten als im Vormonat von einem Anstieg der Inflation aus. Der Saldo der Inflationserwartungen sinkt auf 25,6 Punkte und notiert damit 2,6 Punkte unter dem Vormonat.

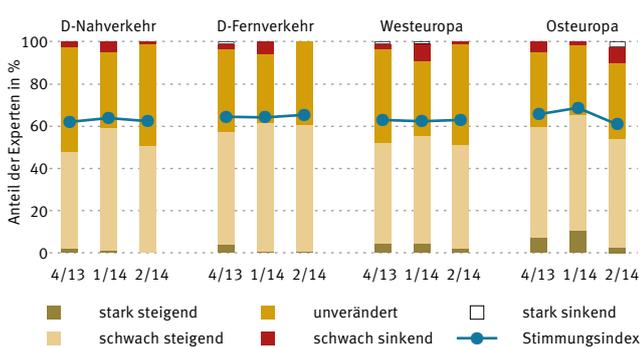
Dominik Rehse, rehse@zew.de

### Eurozone: Konjunkturerwartungen fallen deutlich

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone sind im September 2014 deutlich gefallen. Der entsprechende Indikator verliert 9,5 Punkte gegenüber dem Vormonat und notiert nun bei 14,2 Punkten. Das ist der schlechteste Stand seit Dezember 2012. Neben den geopolitischen Spannungen dürften schlechte Konjunkturnachrichten aus Italien und Frankreich sowie die sinkende Inflationsrate zu dem Rückgang der Erwartungen beigetragen haben. Selbst das von der EZB beschlossene Maßnahmenpaket vermochte es nicht, die trüben Aussichten aufzuhehlen.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

### Leichter Dämpfer für die gute Stimmung beim Lkw-Transportaufkommen

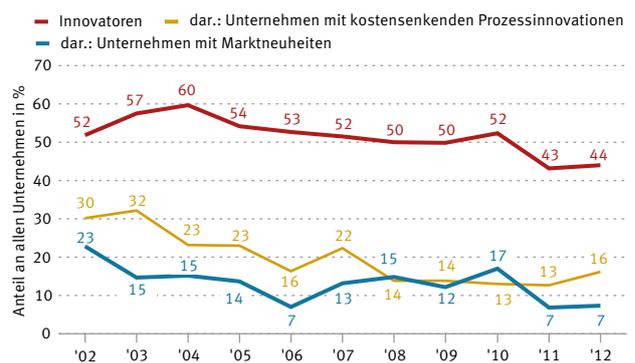


Quelle: ZEW

Die von Prognos/ZEW im Rahmen des TransportmarktBarometers befragten Experten gehen davon aus, dass die Lkw-Transportmengen im kommenden halben Jahr leicht zunehmen werden. Allerdings haben sich die steigenden Erwartungen beim Nahverkehr leicht und beim Osteuropaverkehr deutlich abgekühlt. Auf aktuelle Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes zum Straßengüterverkehr deutscher Unternehmen in den ersten Monaten 2014 muss man zwar noch warten, aber die BAG-Mautstatistiken besagen, dass die mautpflichtigen Fahrleistungen in den ersten vier Monaten 2014 um 4,5 Prozent gestiegen sind.

Dr. Martin Achtnicht, E-Mail achtnicht@zew.de

### Niedriger Innovatorenanteil im Mediensektor



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Der Anteil der Innovatoren in der deutschen Medienbranche (Druck, Verlag, Film, Rundfunk) blieb 2012 niedrig. Nur 44 Prozent der Mediendienstleister führten Produkt- oder Prozessinnovationen ein. Vor allem der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte in den Markt gebracht haben („Marktneuheiten“), war mit sieben Prozent sehr gering. 16 Prozent der Unternehmen implementierten Prozessinnovationen, die zu Kostensenkungen beitrugen. Auch die Ausgaben für Innovationsprojekte fielen 2012 auf 1,60 Milliarden Euro (2008: 2,58 Milliarden Euro). Für 2013 und 2014 ist mit weiteren Rückgängen zu rechnen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



## Jugendarbeitslosigkeit in Europa effektiv bekämpfen

In der Europäischen Union sind derzeit rund 5,5 Millionen junge Menschen im Alter bis zu 24 Jahren arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit ist kein neues Problem, aber in der

jüngsten Wirtschaftskrise hat sie noch einmal stark zugenommen. Die Arbeitslosenquote ist EU-weit von 15,6 Prozent im Jahr 2008 auf 23,5 Prozent im Jahr 2013 angestiegen. Hinter diesen Durchschnittszahlen verbergen sich sehr unterschiedliche Trends in den Mitgliedstaaten. Während die Jugendarbeitslosenquote in Deutschland in diesem Zeitraum von 10,6 Prozent auf 7,9 Prozent gefallen ist, stieg sie in Italien von 21,3 Prozent auf 40 Prozent, in Spanien von 24,6 Prozent auf über 55 Prozent. Diese Unterschiede erklären sich zum einen damit, dass die deutsche Wirtschaft sich sehr schnell vom Einbruch des Jahres 2009 erholt hat, während Spanien und Italien weitaus stärker von der Finanz- und Verschuldungskrise getroffen wurden. Zum anderen bestehen Unterschiede im Bildungssystem und in den Arbeitsmarktinstitutionen. Die Vorzüge der dualen Berufsausbildung in Deutschland spielen eine große Rolle, aber andere Elemente wie Kündigungsschutzregelungen und die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen kommen hinzu. Studien zeigen, dass Arbeitslosigkeit in der Jugend die berufliche Entwicklung der Betroffenen dauerhaft beeinträchtigt. Deshalb ist es dringend notwendig, zu handeln.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit liegt in Europa hauptsächlich in nationaler Verantwortung. Trotzdem hat die EU als Antwort auf die Krise die „Jugendgarantie“ ins Leben gerufen. Die nationalen Regierungen sollen dafür sorgen, dass jeder Jugendliche, der die Schule verlässt oder arbeitslos wird, innerhalb von vier Monaten einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhält. Bei der Umsetzung werden die Mitgliedstaaten mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit finanziell unterstützt, insgesamt stehen sechs Milliarden Euro zur Verfügung.

Es ist zu begrüßen, dass die EU das Problem der Jugendarbeitslosigkeit auf die politische Agenda setzt. Aber es besteht die Gefahr, dass die Jugendgarantie bei falsch konzipierten Maß-

nahmen zu einer kostspieligen Angelegenheit mit Strohfeuercharakter wird. Es ist wichtig, Erfahrungen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu berücksichtigen. Das ZEW hat im Auftrag der Robert Bosch Stiftung eine Studie erstellt, die vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen Empfehlungen für eine europäische Strategie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit entwickelt (<http://www.zew.de/de/publikationen/7520>). Neben länderspezifischen Aspekten lassen sich fünf Punkte von allgemeiner Bedeutung hervorheben:

Erstens muss die Ausbildung die Jugendlichen besser auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, vor allem durch einen Ausbau der dualen Ausbildung. Zweitens sind Gelder in Berufsberatung und Vermittlung sowie Einstellungszuschüssen besser angelegt als in staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Letztere können sogar kontraproduktiv sein. Drittens müssen Einstellungshürden wie zu hohe Einstiegsgehälter und die Spaltung des Arbeitsmarktes in Stellen mit extrem hohem Kündigungsschutz einerseits und befristete Stellen ohne jeglichen Schutz andererseits abgebaut werden. Viertens sollte grenzüberschreitende Mobilität gefördert werden. Es ist erfreulich, dass zunehmend Jugendliche aus Spanien, Italien oder Griechenland nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten oder eine berufliche Ausbildung zu beginnen. Es könnten aber weitaus mehr sein. Fünftens ist es wichtig, dass Unternehmen, Gewerkschaften, staatliche Stellen und nicht zuletzt die Jugendlichen selbst gemeinsam eine Agenda für die Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit formulieren und ihre Umsetzung überwachen.

Das Engagement der EU gegen Jugendarbeitslosigkeit sollte sich nicht in dem medienwirksamen Verkünden der Jugendgarantie erschöpfen. Es gilt, kritisch zu beobachten, ob die nationalen Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit das halten können, was Europa versprochen hat. Wo das nicht der Fall ist, muss nachgebessert werden.

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim, L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
**Präsident:** Prof. Dr. Clemes Fuest · **Kaufmännischer Direktor:** Thomas Kohl

**Redaktion:** Julian Prinzler · Telefon 0621 / 12 35 - 133 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail [prinzler@zew.de](mailto:prinzler@zew.de)  
Gunter Grittmann · Telefon 0621 / 12 35 - 132 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

**Fotos:** PantherMedia (1); iStockphoto (5, 7); ZEW (6, 9, 10, 12)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2014